Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 22.06.2018
Sitzungsbeginn:	16:35 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder
Vorsitz
Frau Marianne Wölk - SPD
reguläre Mitglieder
Frau Bettina Böttcher - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Frau Anna Zels - SPD
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Mathias Range - CDU
Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU	
Herr Jens Seipp - CDU	
Herr Jan von Ploetz - CDU	
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen	
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen	
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Frau Renate Bastian - Marburger Linke	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke	
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke	ab TOP 10.2
Frau Inge Sturm - Marburger Linke	
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL	
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL	
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Dirk Bamberger - CDU	- entschuldigt -
Herr Oliver Hahn - CDU	- entschuldigt -
Herr Winfried Kissel - CDU	- entschuldigt -
Herr Lars Küllmer - CDU	- entschuldigt -
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Roland Frese - BfM	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM

Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Versorgung der Marburger Bevölkerung mit grundlegenden Dienstleistungen der Post AG vor (VO/6333/2018), der nach Einvernehmen im Ältestenrat als TOP 9.1 auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Der Stadtverordnete Simon stellt den Geschäftsordnungsantrag, den TOP 10.6 – Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Bürgerbeteiligung zur Planung der Sanierung des „Grüner Wehrs“ für erledigt zu erklären (siehe dazu Protokollierung unter TOP 10.6).

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt im Anschluss die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.05.2018

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.05.2018 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 12 und 14 bis 17 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
Sind dem Magistrat und den Schulleitungen Fälle von religiös motiviertem Mobbing an Marburger Schulen in den letzten 12 Monaten bekannt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
Eine Umfrage bei den Marburger Schulen hat ergeben, dass es einen Fall gegeben hat, in dem ein muslimischer Schüler andere Schüler/-innen als Ungläubige bezeichnet hat, mit dem Ziel, diesen Schülerinnen und Schülern ein schlechtes Gewissen zu bereiten. Hier hat es Gespräche mit den Eltern und natürlich dem Schüler gegeben.

Weitergehende Fälle wurden uns nicht rückgemeldet.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Kann der Magistrat Auskunft geben, ob es zutreffend ist, dass Frau Prof. Dr. B. Westle, Professorin für Methoden der Politikwissenschaft und empirischen Demokratieforschung an der Marburger Philipps-Universität sich kritisch über die vom Magistrat in Auftrag gegebene Bürger/innenumfrage und deren im Februar 2018 veröffentlichten Ergebnisse geäußert hat und wenn ja, wie hat der Magistrat darauf geantwortet?

Stellungnahme/Antwort durch:	7.2 Bürgerbeteiligung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Frau Prof. Dr. Westle hat sich kritisch über die von der studentischen Unternehmensberatung Phlink im Auftrag der Stadt Marburg durchgeführte Umfrage geäußert. Der Magistrat hat zu den Kritikpunkten ausführlich Stellung bezogen und befindet sich dazu in einem Briefwechsel mit Frau Prof. Dr. Westle.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:
Wie viel Geld wurde für die Unterstützung der Anschaffung privater OpenWRT-Router für das Marburger Freifunknetz abgerufen und können aktuell noch Fördergelder in Anspruch genommen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Seit Beginn des Förderprogramms am 1.11.2016 wurden 16 Förderanträge abschließend bearbeitet:

- davon wurden 13 positiv beschieden; Fördersumme: 758,78 EUR
- 3 Förderanträge wurden abgelehnt: Grund in allen drei Fällen war die Anschaffung eines nicht förderfähigen Gerätes gemäß der Liste unter https://marburg.freifunk.net/forderfahige-gerate/

Zwei neuere Anträge aus 2018 befinden sich derzeit noch in der Bearbeitung.

Derzeit können weitere Fördergelder in Anspruch genommen werden; aktuell wird seitens FD 15 erarbeitet, inwiefern die Grundannahmen für die Richtlinie hinsichtlich des Stands der Technik und der Flächenabdeckung noch bestehen und ob die Förderrichtlinie überarbeitet werden muss.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:
Ist der Magistrat mit der Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Nextbike zufrieden und wie verläuft der Ausbau des Fahrradverleihsystems mit dem Unternehmen? Viele Kommunen und Studierendenvertretungen berichten zunehmend von Problemen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Einhaltung von vertraglich zugesicherten Modalitäten.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Der Magistrat der Stadt Marburg führt bei Bedarf Abstimmungen mit Nextbike durch – seitens der beteiligten Fachdienste (33 - Straßenverkehrsbehörde sowie 69 - Umwelt- und Naturschutz) wird mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit mit dem Fahrradverleih nextbike stets offen, freundlich und mit gutem Ergebnis stattfinden. Auch kurzfristige Mailanfragen werden umgehend beantwortet.

Die Abstimmungen über die Ausweitung der Fahrradanzahl sowie Festlegung von Stellplätzen erfolgt im Zuständigkeitsbereich der Stadt Marburg ohne Probleme, selbst unsere Wünsche für die Ergänzung von Stellplätzen auf dem Gelände der Universität (hier: Neue Universitätsbibliothek) werden umgehend aufgegriffen und umgesetzt.

Auch notwendige Abstimmungen bei kurzfristig notwendigen Verlegungen (wie z.B. bei Baustellen) finden unproblematisch statt.

Noch nicht abgeschlossen sind allerdings die Kennzeichnungen der Stellplätze sowie deren Ausstattung mit Radabstellanlagen – hier ist Nextbike tatsächlich im Verzug. Praktisch wirkt sich dies allerdings aus unserer Sicht nicht aus, denn die Zugangs-App weist die richtigen Standorte der Entleih- und Abgabestellen aus und auch vor Ort befindet sich zumindest eine provisorische Kennzeichnung. Hier sieht die Studierendenvertretung (AStA der Phillips-Universität) noch deutlichen Handlungs- und Verbesserungsbedarf.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Könnte der DBM – sofern ein solches Gerät verfügbar ist – in regelmäßigen Abständen die Ortsteile mit einer Häckselmaschine anfahren, um illegale Grünschnittablagerungen in den Gemarkungen zu verhindern?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
In Marburg ist das System der „Grünen Karte“ für die legale Entsorgung von Grünschnitt installiert. Grünschnitt kann über die „Grüne Tonne“ (Die Stückzahl der Gefäße kann ohne zusätzliche Kosten nach Bedarf erhöht werden), und größere Mengen an Baum- und Heckenschnitt über die "Grüne Karte" legal entsorgt werden, sofern das Grundstück an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung der Stadt Marburg angeschlossen ist. Jede angefangene Wagenladung (jeweils 8 cbm) kostet 6,80 Euro.

Der DBM verfügt über einen Anbauhäcksler, der je nach Bedarf an einen Schlepper montiert werden kann. An- und Abbauzeit betragen jeweils ca. 1,5 Mannstunden. Mit dem Häcksler können Schnitt- und Aststärken bis zu ca. 5 cm Durchmesser / max. 20 cm Astumfang gehäckselt werden.

Die Abholung/Entsorgung illegaler Grünschnittablagerungen wird vom FD 32 Gefahrenabwehr beim DBM beauftragt. Das Problem der illegalen Grünschnittablagerung stellt aber kein spezielles Problem der Ortsteile dar, sondern betrifft die gesamte Stadt Marburg. Sie fallen vor allem in der Vegetationsperiode zwischen Frühjahr und Herbst an und somit in der Vogelbrutzeit. Bei der Entsorgung illegaler Grünschnitt-/Gehölzablagerung sollte daher auf eventuell in der illegalen Geästablagerung vorhandene Vogelnester geachtet werden bzw. generell die Vogelschutzzeit berücksichtigt werden, sofern keine Gefährdung der Verkehrssicherheit vorliegt.

Sofern eine weitere, wie gefragt, neben den bereits vorhandenen Möglichkeiten regelmäßige Entsorgung von Grünschnitt erfolgen soll, müssen die hierfür notwendigen Mittel im Haushalt der Stadt Marburg Berücksichtigung finden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wie unterstützt der Magistrat die Einrichtung, Pflege und Vermarktung von Wanderwegen im Stadtgebiet?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Der Fachdienst Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe betreut die mit A, B, C, D gekennzeichneten Wanderwege im Stadtgebiet.

Hier gibt es einen Auftrag an den 2. Arbeitsmarkt jährlich in Höhe von 18.850,00 €. Dieser beinhaltet:
- die Kennzeichnung der o. g. Wege,
- kleinere Instandsetzungsmaßnahmen, Meldung größerer Schäden an den Fachdienst,
- Sichtkontrolle der Schutzhütten und der Bänke und Meldung an den Fachdienst.

Die Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) betreut und bewirbt die durch Marburg gehenden zertifizierten Prädikatswege (Lahnwanderweg, Burgwaldpfad). Den Lahn-Dill-Berglandpfad betreut der Naturpark Lahn-Dill-Bergland, er wird von der MSLT beworben, ebenfalls der Hugenotten- und Waldenserpfad, der wiederum vom Hugenotten- und Waldenser-Verein betreut wird.

Für alle Prädikatswanderwege und Wanderwege von überregionaler Bedeutung des gesamten Landkreises wurde das bestehende Wanderinformationsportal vor der Elisabethkirche (als einem wichtigen Wanderknotenpunkt) von der MSLT im Oktober 2017 überarbeitet und neu konzipiert.

Im März 2018 hat die MSLT eine Broschüre zu vier Wanderwegen um Marburg („Marburg erwandern“) herausgegeben. Hier wurden bestehende stadtnahe Wanderwege zu Rundtouren-Vorschlägen ergänzt und konzipiert.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Wieviele Fahrradabstellplätze gibt es an den weiterführenden Schulen in Marburg bislang und gibt es eine konkrete Bedarfsanalyse, auf der basierend die Planungen zur künftigen Entwicklung fußen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
Eine Umfrage bei den weiterführenden Schulen hat ergeben, dass es knapp 600 Fahrradabstellplätze an den Schulen gibt. Eine weitere Bedarfsanalyse zur künftigen Entwicklung gibt es nicht. Der Magistrat reagiert vielmehr auf die kommunizierten Bedarfe der Schulen und sucht wenn notwendig nach Lösungen, das Stellplatzangebot zu erweitern. So zuletzt beispielsweise geschehen im Rahmen des BiBaP mit der Erweiterung und dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen an der Elisabethschule, dem Gymnasium Philippinum und den Kaufmännischen Schulen; in diese Planungen waren die Schulen eingebunden.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 08
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
Vor etwa einem Jahr wurden die Gesamtkosten der Stadthalle nach Presseinformationen mit 43, 3 Millionen Euro beziffert. Ist es dabei geblieben und sind alle Arbeiten abgeschlossen? Wenn nicht, was steht noch aus und welche Kosten sind noch zu erwarten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die Arbeiten der ausführenden Firmen wurden bis auf verschiedene Mängelbeseitigungsmaßnahmen abgeschlossen. Es stehen noch Schlusszahlungen aus. Darüber hinaus gibt es mit Planern und ausführenden Firmen juristische Auseinandersetzungen über Werklohn- und Honorar-

forderungen deren Ausgang derzeit noch ungewiss ist. Die endgültige Kostenfeststellung liegt aus diesem Grunde noch nicht vor. Zur Zeit wird für Herbst 2018 ein abschließender Bericht erarbeitet, der detailliert Auskunft geben wird über die Kosten im Projekt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
Gibt es im Magistrat Überlegungen zum Umgang mit Straßenbeiträgen, wenn, wie zu erwarten, der Zwang zu Ihrer Erhebung durch die Kommunen aufgehoben wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 60 - Bauverwaltung und Vermessung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die Universitätsstadt Marburg verfügt zur Refinanzierung der Kosten des Um- und Ausbaues von Straßen bereits seit dem Jahr 1984 über eine dementsprechende Beitragssatzung nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG). Mit diesem Instrument wurden in der Vergangenheit überwiegend gute Erfahrungen gemacht, was nicht zuletzt an dem grundsätzlichen Gedanken einer Abgeltung von ausbaurechtlichen Vorteilsmerkmalen im Rahmen einer unmittelbaren Gegenleistung in Form von Beitragsentrichtungen in Zusammenhang zu bringen ist.

Die Stadt hat sowohl bei der Einführung der Wiederkehrenden Beiträge ab 01.01.2013 als auch im Rahmen der kürzlich im Landtag verlaufenden Diskussion, die aktuelle Fassung des KAG von einer „Soll"-Vorschrift in eine „Kann"-Vorschrift zu ändern, die jeweiligen Vor- und Nachteile abgewogen. Ergebnis war, bei der bewährten Vorgehensweise einer Einzelfallabrechnung zu bleiben.

Der Magistrat vertritt nach wie vor die Devise, die entstehenden Kosten notwendiger Um- und Ausbaumaßnahmen von Straßen über das Prinzip des Vorteilsausgleichs bei den Eigentümern von Grundstücken mit unmittelbarer Inanspruchnahmemöglichkeit anteilig anzufordern. Dies dient sowohl der Beitragsgerechtigkeit als auch der Requirierung von Finanzmitteln für Straßenerneuerungsmaßnahmen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt der Magistrat Belästigungen der Anwohner durch Nutzer des Northampton-Parks zukünftig zu minimieren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Breits seit Ende Mai werden mit deutlich vermehrten Kontrollen im Northamptonpark die Belästigungen für die Anwohner in den Abend- und Nachtstunden wirkungsvoll reduziert.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wie hat sich die Jugendkriminalität in den letzten Jahren entwickelt und wie haben sich welche präventiven Maßnahmen (u.a. der Jugendhilfe) ausgewirkt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
Die Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 11 beinhaltet einen erheblichen Rechercheaufwand und ist aufgrund der hohen Belastung in den zuständigen Fachdiensten im FB 5 vor der Sommerpause nicht zu bearbeiten.
Die Antwort wird im Rahmen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im August nachgereicht.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 12
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Gibt es für die Großveranstaltung 3TM ein (einsehbares) Umweltkonzept? Falls ja, wer ist für die Einhaltung des Konzepts verantwortlich, bzw. wer kontrolliert die Einhaltung der Regelungen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Es gibt für Großveranstaltungen wie 3TM kein eigenständiges „Umweltkonzept“, aber ein mit der Ordnungsverwaltung (FD 32) abgestimmtes Sicherheitskonzept, das die Bedingungen für den Aufbau, die Durchführung und den Abbau regelt. Hierbei werden auch Auflagen zum Schutz der Umwelt, Natur und bei den Freiflächen zum Schutz der Wurzelbereiche (Bereich Lahnufer und Schlosspark) aufgenommen. Zur Abfallsammlung bei diesen Veranstaltungen gibt es Vereinbarungen und Aufträge seitens der jeweiligen Veranstalter mit dem DBM.

Wieland Stötzel
Bürgermeister
Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Für wieviele Haushalte in Marburg (inklusive der Stadtteile) kann ein Breitband-Anschluss zur Zeit (noch) nicht zur Verfügung gestellt werden und in welcher Form reagiert der Magistrat auf die so genannten „weißen Flecken“ auf der Landkarte der Breitbandversorgung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Bislang existiert kein allgemein akzeptierter Schwellwert, ab welcher Datenübertragungsrate die „Breitband-Verbindung“ beginnt.

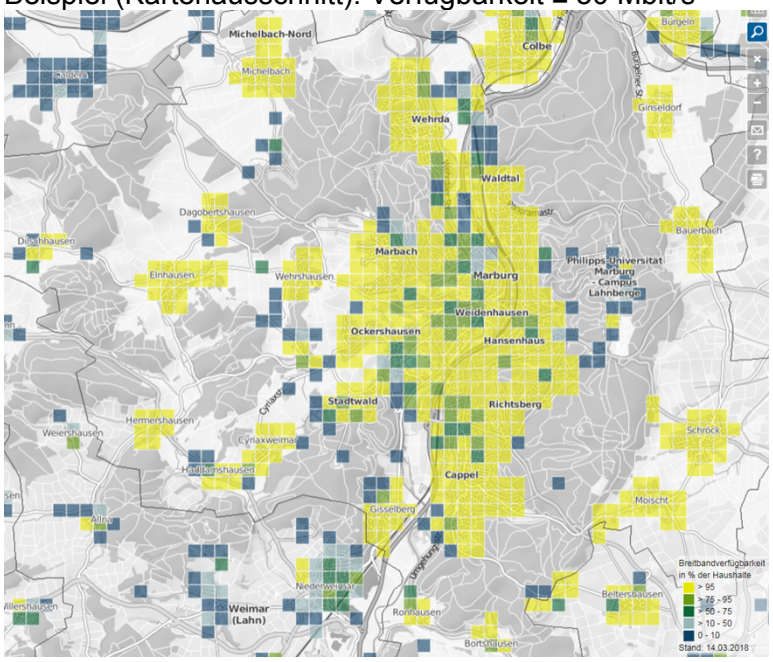
Laut Hessen Trade & Invest (nachgelagert dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung) soll bis Ende 2018 in Hessen eine flächendeckende Versorgung oder Versorgungsperspektive mit schnellem Internet von mindestens 50 Mbit/s geschaffen werden. Bis zum Jahr 2020 sollen 60 Prozent der Haushalte durch den marktgetriebenen Ausbau und Einsatz innovativer Technologien über bestehende Infrastrukturen mit bis zu 400 Mbit/s versorgt werden. Im ersten Schritt sollen in Hessen insbesondere Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

Der Glasfaserausbau der Stadtwerke Marburg ist in sechs Außenstadtteilen inzwischen abgeschlossen (Bauerbach, Ginseldorf, Elnhausen, Michelbach, Moischt, Schröck); hier ist eine Versorgung im Bereich Gbit/s gewährleistet.

Nachfolgend ein Ausschnitt aus der interaktiven Karte des BMVI; Quelle:
http://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html vom 14.06.2018:

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Beispiel (Kartenausschnitt): Verfügbarkeit ≥ 50 Mbit/s



Kleine Anfrage Nr. 15
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:
Der Sitzkomfort des Stadtbusses Nr.80 mit ungepolsterten Schalensitzen, die lediglich einen dünnen Stoffbezug haben, ist so bescheiden, dass man/frau bereits nach 10 Minuten Fahrt der Hintern schmerzt. Wie viele Busse haben ähnlich unbequeme Sitze und warum?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Linienbusse in Stadtverkehren werden üblicherweise mit Sitzschalen ausgerüstet, da nur so der Vandalismus an den Sitzen verhindert werden kann. Die Sitze in Stadtlinienbussen bestehen in der Regel aus einer Kunststoff-Sitzschale und einer schnittfesten, leicht zu reinigenden Polsterstoffauflage. Die Polsterstoffauflage kann im Falle einer mutwilligen Beschädigung leicht gewechselt werden. Es kann in einem Linienbus – selbst in Marburg – nicht der gleiche Komfort erwartet werden, wie in einem Reisebus.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:
Der Fragesteller hat mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass 3x in Folge nach der Rückkehr aus Frankfurt/M zu unterschiedlichen Zeiten die Linie 5 in die Marbach noch "wartete“ und geht davon aus, dass dies kein Zufall war. Ist dem so, gibt es weitere Vertaktungen des Stadtverkehrs mit Zugverbindungen und wo könnten sie noch ausgeweitet werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Soweit möglich und sinnvoll, wird das Angebot des Stadtverkehrs in Marburg schon seit einigen Jahren umfassend mit den Schienenverkehrsangeboten der DB und des RMV sowohl zur Anbindung an Schiene, als auch von der Schiene in das Stadtgebiet koordiniert. Dabei werden selbstverständlich in den Tagesrandzeiten auch Wartezeiten an der Haltestelle Hauptbahnhof eingerichtet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Hans-Werner Seitz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Hat der Magistrat der Universitätsstadt Marburg angesichts des in erschreckender Weise steigenden Eintrags von Microplastik in Flüssen, Seen und Meeren eine kommunale Strategie, die Menge der im Stadtgebiet freigesetzten Microplastikteilchen, besonders bei Reifenabrieb, Straßenmarkierungen, "Citydust" und in Abwässern (ausgewaschene Teilchen aus Kunstfasertextilien), zu verringern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die Verschmutzung der Umwelt mit Plastik und Mikroplastik ist tatsächlich erschreckend.
Es gibt hierzu aber keine kommunale Strategie, die das Problem lösen kann. Alle Niederschlagswässer und Abwässer gelangen in die Kanalisation – ein Ausfiltern an dieser Stelle ist aber technisch nicht möglich.

Der Abrieb von Reifen und Farben (Citydust) sowie ausgewaschene Kunststofffasern landen derzeit zusammen mit den anderen Abwässern in den Kläranlagen. Dort müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Abwässer kunststofffrei zu bekommen. Bekanntlich stellt das die Anlagenbetreiber vor große Herausforderungen.

Der Einsatz von Mikroplastik in Verbrauchsmaterialien (Kosmetika, Zahnpasta, ….) stellt ein zunehmendes Problem dar, hier ist der Gesetzgeber aufgefordert, den Einsatz zu regulieren und zu untersagen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk erklärt die Fragestunde damit für beendet.

Die Fragen Nr. 13, 31 und 32 werden schriftlich beantwortet, die Antworten auf die Fragen Nr. 18 bis 30 und 33 und 34 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Stadtverordnete Dr. Perabo bittet um eine Bandabschrift der Antworten des Oberbürgermeisters zu der Frage Nr. 02 einschl. der Nachfragen.

---

zu 4 Wahl eines/einer stellvertretenden Schriftführers/in
Vorlage: VO/6289/2018

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk berichtet von der Vorberatung im Wahlvorbereitungsausschuss. Dieser empfiehlt einstimmig die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zur Wahl eines stellv. Schriftführers / einer stellv. Schriftführerin auf. Zur Wahl vorgeschlagen ist Frau Tina Schwede, Mitarbeiterin im Fachdienst Kommunale Gremien.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in offener Abstimmung per Handzeichen Frau Tina Schwede zur stellv. Schriftführerin der Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 5 Neuwahl der Schöffinnen und Schöffen für die Jahre 2019 - 2023
hier: Aufstellung der Vorschlagsliste gem. § 36 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)
Vorlage: VO/6290/2018

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Stadtverordnetenvorsteherin. Der Ausschuss empfiehlt offene Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst in offener Abstimmung folgenden Beschlus:

Die in der vorliegenden Liste aufgeführten Personen werden den Justizbehörden Marburg für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Jahre 2019 bis 2023 vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 10.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Fußgängerzone in der Oberstadt autofrei machen – Poller an den Zufahrten installieren
Vorlage: VO/6160/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag vor, der mehrheitlich zur Annahme empfohlen wird. Dem Ursprungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Auch dort wurde über den Änderungsantrag und den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung abgestimmt. Dem Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung, dem Ursprungsantrag mehrheitlich die Ablehnung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt analog dem Verfahren in den Ausschüssen zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie nicht erlaubte Durchgangsverkehre in der Oberstadt sowie in den Zufahrten Steinweg, Reitgasse und am oberen Marktplatz erheblich reduziert werden können. Die diesbezüglichen Anforderungen, die das Oberstadtentwicklungskonzept vorgibt, sollen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis

Ja:	SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein:	keine
Enthaltung:	B90/Die Grünen, Marburger Linke

Es folgt die Abstimmung des Antrages in seiner ursprünglichen Fassung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Ursprungsfassung des Antrages wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Enthaltung: keine

---

zu 10.4 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr.: Bauleitplanung zum Zwecke der Bebauung für den Bereich „Sonnenhang/Auf der Eich“ im Stadtteil Marbach auf der Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses VO/1065/2012 anstoßen
Vorlage: VO/6253/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen. Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Heck, Ditschler, Schmidt, Sell, Bastian und Seipp sowie Bürgermeister Stötzel.

Anschließt stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zu Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat den Beschluss - VO/1065/2012 für den Bereich „Sonnenhang/Auf der Eich“ im Stadtteil Marbach einen Bebauungsplan mit dem Ziel aufzustellen, Wohnbauland auszuweisen, umzusetzen.
Vorab sollen hierzu alle rechtlichen Grundlagen geprüft und festgestellt werden.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, CDU, Marburger Linke, BfM
Nein: FDP/MBL
Enthaltung: B90/Die Grünen, Piratenpartei

Während der Aussprache, ab 18:24 Uhr, hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 10.7 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Große Wohnungsmarkt-Offensive
Vorlage: VO/6262/2018

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr hat sich lt. Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Dr. McGovern, in der Sache für nicht zuständig erklärt und deshalb den Antrag nicht beraten.

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Dem Ausschuss lagen zwei Änderungsanträge vor. Dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung, ebenso dem Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke. Dem Antrag in seiner ursprünglichen Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Weiterhin berichtet der Stadtverordnete Meyer von der Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften. Auch dort lagen die beiden Änderungsanträge vor, denen der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung empfiehlt. Dem Ursprungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vor-

sitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mit Mehrheit die Ablehnung der beiden Änderungsanträge und die Zustimmung zu dem Antrag in seiner ursprünglichen Fassung.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk eröffnet anschließend die Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Sell, Schalauske, Dorn-Rancke, Pfalz, Severin, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie erneut die Stadtverordneten Dorn-Rancke, Schalauske und Pfalz beteiligen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin analog dem Vorgehen in den Ausschüssen zunächst über die Änderungsanträge, die allen Stadtverordneten vorliegen, abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja: B90/Die Grünen
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Enthaltung: Marburger Linke

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt weiterhin:

Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Die Stadtverordnetenversammlung fasst abschließend folgenden Beschluss:

Vor dem Hintergrund der hohen Mietpreise und des anhaltenden Drucks auf den (insbesondere innerstädtischen) Wohnungsmarkt wird der Magistrat der Stadt Marburg gebeten, die bereits begonnenen Anstrengungen fortzusetzen und daraus eine Wohnungsmarkt-Offensive zu machen.

Dazu sollen neben allen Akteuren, die bereits am „Runden Tisch preiswerter Wohnraum“ sowie dem „Runden Tisch Barrierefreies Bauen“ teilnehmen, auch alle im hiesigen Neubausektor aktiven größeren Investoren zusammenkommen. Ziel soll dabei sein, den Stand der jeweiligen Projekte miteinander zu kommunizieren und bisher noch ungenutzte Potentiale zu lokalisieren.

In einem zweiten Schritt soll aus diesen Ergebnissen eine gezielte Entwicklung von Baulandpotential und innerstädtischer Nachverdichtung so verzahnt werden, dass zeitnah die folgenden Ziele erreicht werden:

- **Die Nachfrage soll möglichst zielführend befriedigt werden. Deshalb ist auch der Mix verschiedener Wohnformen wünschenswert und die weitere Erprobung moderner Wohn-Modelle zu unterstützen.**
- **Eine ausgewogene soziale Struktur in den jeweiligen Gebieten soll entstehen bzw. gewahrt bleiben. Dazu dient das Instrument der Sozialquote, deren Umsetzung durch entsprechende Gestaltung von städtebaulichen Verträgen gesichert werden soll. Segregation und Bildung von Brennpunkten soll dabei vorgebeugt werden.**
- **Bereits in den Blick genommene Bereiche werden in ihren Potentialen besser ausgeschöpft und zur Umsetzung gebracht. (siehe VO 5063/2016, 5062/2016). Die vergleichende Untersuchung VO 5574/2017 wird zeitnah vorgelegt und zur Entscheidung gebracht.**

- **Bereits vorhandene Fördermöglichkeiten von Bund, Land und ggf. EU sind auszuschöpfen. Die für Marburg zuständigen Entscheidungsträger sollen dort die Schaffung weiterer Fördermittel für den Wohnungsmarkt unterstützen und einfordern.**
- **Die infrastrukturellen Voraussetzungen vor Ort werden von Planungsbeginn an in die Überlegungen einbezogen, um unnötige Wege zu Geschäften, Ärzten, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, etc. möglichst zu vermeiden.**
- **Stadtteile sollen neue Vitalität erfahren.**
- **Die verkehrliche Erreichbarkeit für alle Verkehrsarten werden von vornherein mitbedacht – also sowohl das Busliniennetz der Stadtwerke, die Leistungsfähigkeit der (Zubringer-)Straßen, als auch die Topografie hinsichtlich Rad- und Fußgängerverkehr.**
- **Die klimatischen Randbedingungen (Erhalt von Kaltluftschneisen zur Belüftung der Innenstadtlagen) finden Berücksichtigung.**
- **Ökologisch wertvolle Biotope werden nicht im Bestand gefährdet.**

Ob und in welcher Form Investitionsanreize für Wohnungsmarkt-Akteure nötig werden, um die Schaffung von entsprechend geeignetem Wohnraum zu schaffen, soll sich aus dem Prozess ergeben.

Der Magistrat möge die Stadtverordnetenversammlung sowie betroffene Ortsbeiräte und Stadtteilgemeinden regelmäßig über den Stand der Entwicklung informieren und auch innovative Instrumente der Bürgerbeteiligung in dieser Frage einbeziehen und nutzen.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, CDU, BfM, Piratenpartei
Nein: FDP/MBL
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke

Während der Aussprache, ab 18:58 Uhr, hat die Stadtverordnetenvorsteherin wieder die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 10.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Parkst Du noch oder wohnst Du schon? Soziale Wohnbebauung statt Parkhauserweiterung am Pilgrimstein
Vorlage: VO/6280/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Schwarz, Pfalz, Kula, Seitz und Sell. Anschließt lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja: Marburger Linke, Piratenpartei
Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

---

zu 10.14 Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Brach-, Freiflächen- und Leerstandskataster
Vorlage: VO/6282/2018

Der Stadtverordnete Meyer berichtet als Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Lie-

genschaften, dass dieser sich aus Zeitgründen mit dem Antrag nicht beschäftigt hat und somit keine Beschlussempfehlung abgibt.

Weiterhin berichtet der Stadtverordneter Pfalz als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

An der gemeinsamen Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 10.14 und 10.15 beteiligen sich die Stadtverordneten Bastian, Rink und Seipp. Anschließend ruft die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja:	Marburger Linke, FDP/MBL
Nein:	SPD, CDU, BfM
Enthaltung:	B90/Die Grünen, Piratenpartei

---

zu 10.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Frischluftbahnenkataster
Vorlage: VO/6287/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Weiterhin berichtet der Stadtverordnete Meyer als Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften, dass dieser aus Zeitgründenden den Antrag nicht beraten hat und somit keine Beschlussempfehlung abgibt. Aussprache wurde jedoch im Ausschuss angemeldet.

An der gemeinsamen Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 10.14 und 10.15 beteiligen sich die Stadtverordneten Bastian, Rink und Seipp. Anschließend stellt die Stadtverordnetenvorsteherin auch diesen Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja:	Marburger Linke
Nein:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Enthaltung:	Piratenpartei

---

zu 6 Anmeldung der Einzelmaßnahmen im Kommunalinvestitionsprogramm II - KIP macht Schule
Vorlage: VO/6291/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und fasst folgenden Beschluss:

Folgende Einzelmaßnahmen werden für KIP II angemeldet:

Maßnahme	Voraussichtl. Maßnahmen-beginn	Voraussichtl. Maßnahmen-ende	BiBaP-Volumen insg.	KIP II - Anmel-dung
Schule am Schwanhof - Abriss und Neubau der Turnhalle	2017	2020	3.250.000 €	2.000.000 €
Grundschule Marbach - Erweiterungsbau	2018	2021	2.900.000 €	1.477.900 €

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 7 Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: VO/6302/2018

Auch diese Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

1. **Der geprüfte Jahresabschluss 2016 in der Fassung vom 10.10.2017 (Vorlagen-Nr. VO/5904/2017) wird beschlossen und damit werden die Ergebnisse der Jahresrechnung wie folgt festgesetzt:**

   Jahresergebnis des Ergebnishaushalts: -14.838.000,00 €

   Finanzmittelüberschuss: 12.839.940,47 €

   Finanzmittelbestand zum 31.12.2016 28.188.944,77 €

2. **Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Stadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 HGO Entlastung erteilt.**

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 8 Wirtschaftsplan 2018 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/6257/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2018 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 9 Dringlichkeitsanträge

zu 9.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Versorgung der Marburger Bevölkerung mit grundlegenden Dienstleistungen der Post AG Vorlage: VO/6333/2018

Oberbürgermeister Dr. Spies nimmt kurz für den Magistrat Stellung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, gegenüber Post AG darauf zu dringen, dass durch entsprechende Maßnahmen die Versorgung der Marburger Bevölkerung bei der Brief- und Paketzustellung deutlich verbessert wird.

Abstimmungsergebnis

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei MBL
Nein:	keine
Enthaltung:	FDP

zu 10 Anträge der Fraktionen

zu 10.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Städtische Mitwirkung im Steuerermittlungsverfahren durch kommunale Betriebsprüfer Vorlage: VO/5256/2016

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen und wird zu gegebener Zeit evtl. neu eingebracht.

zu 10.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN betr.: Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz Vorlage: VO/6219/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung durch die antragstellende Fraktion bis zur nächsten Sitzung vertagt.

zu 10.5 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: 14-tägige Entsorgung des „Gelben Sacks“ Vorlage: VO/6258/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen. Der Haupt- und Finanzausschuss, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet, empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Antrag zu Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Entsorgung des Verpackungsmülls - gelber Sack - in Marburg zukünftig kostenneutral im 14-Tage-Rhythmus durchgeführt wird. Falls dies nicht umsetzbar ist, sollte die Möglichkeit bestehen, wahlweise vierwöchige oder 14-tägige Abholung mit entsprechenden Mehrkosten zu beantragen.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf wird ersucht, bei den aktuell anstehenden Neuverhandlungen zur Abstimmungsvereinbarung des Landkreises als Koordinationsstelle mit den Dualen Systemen eine entsprechende Lösung zu erreichen.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein: keine
Enthaltung: B90/Die Grünen

---

zu 10.6 Antrag der Fraktion Bündnis‘90/Die Grünen betr.: Bürgerbeteiligung zur Planung der Sanierung des „Grüner Wehrs“
Vorlage: VO/6261/2018

Der Stadtverordnete Simon stellt im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für erledigt zu erklären. Zur Begründung spricht der Stadtverordnete Dr. Longo, der Stadtverordnete Seitz spricht gegen die Erledigterklärung.

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis
Ja: SPD, CDU, BfM
Nein: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei
Enthaltung: keine

---

zu 10.8 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Verkehrsdaten Rotenberg und Graf-von-Stauffenberg-Straße
Vorlage: VO/6263/2018

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Straßen „Rotenberg“ und „Graf-von-Stauffenberg-Straße“ hinsichtlich ihrer verkehrlichen Nutzung in einem schriftlichen Bericht darzustellen. Insbesondere wird gebeten, dass die Fragen 2.1 bis 2.7 in dem Bericht jeweils im Tagesgang und in beide Fahrtrichtungen herausgearbeitet werden:

<u>Grundfragen:</u>

1.1 Welches Zahlenmaterial liegt dem Magistrat über die verkehrliche Nutzung des Rotenbergs bzw. der Graf-von-Stauffenberg-Straße und der jeweils angrenzenden Verbindungsstraßen aktuell vor?

1.2 Woher stammen diese Daten, und beruhen diese auf konkreten Zählungen oder sind es Schätzungen/Interpolationen?
1.3 Wie alt ist das Datenmaterial?
1.4 Hält der Magistrat das vorhandene Datenmaterial für ausreichend aussagekräftig, auch im Hinblick auf mögliche städtebauliche Entwicklungen oder werden aktuelle Zählungen benötigt?
1.5 Wenn 1.4 ergibt, dass neue Zählungen erforderlich sind: Was würden diese kosten und bis wann lägen diese vor?)

Analyse der Verkehrsdaten:
2.1 Wie hoch ist die Nutzung durch Schwerlastverkehr? Wo liegen dessen Ziele (sofern bekannt)?
2.2 Wie hoch ist die Nutzung durch ÖPNV?
2.3 Wie viele PKW nutzen die Straße und (sofern bekannt) mit welchem Ziel?
2.4 Wie stark werden die beiden Straßen (bzw. die Gehwege und Querungen) von Fußgängern frequentiert?
2.5 Wie viele Fahrräder nutzen die beiden Straßen?
2.6 Welche zusätzlichen Verkehre werden von einem Einkaufsmarkt am Oberen Rotenberg auf der Straße Rotenberg erwartet?
2.7 Welche zusätzlichen Verkehre werden für die Straßen Rotenberg bzw. Graf-von-Stauffenberg-Straße bei einer möglichen Bebauung des Engelsbergs bzw. des Hasenkopfes zu erwarten sein?

Schlussfolgerungsfragen:
3.1 Welche weiteren Zusatzbelastungen hält der Magistrat für den Rotenberg, die Graf-von-Stauffenberg-Straße und die jeweils angrenzenden Verbindungsstraßen für vertretbar?
3.2 Welche Knotenpunkte wären ertüchtigungsbedürftig und welche sind aufgrund der Gegebenheiten vor Ort auch künftig nicht zu verbessern?

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 10.9 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Milieus erhalten und stärken – Gentrifizierung entgegenwirken
Vorlage: VO/6267/2018

Der Antrag wurde durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zunächst zur Stellungnahme an die betroffenen Ortsbeiräte verwiesen.

---

zu 10.10 Antrag der Piratenpartei, SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linke betr. Bundesweite kommunale Daseinsvorsorge im Bereich eGovernment & Digitalisierung als gemeinschaftlich beauftragtes, finanziertes und einheitlich eingesetztes OpenSource Softwarepaket
Vorlage: VO/6277/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, sich angesichts der eGovernment-Vorgaben des Bundes und anderer Digitalisierungsaufgaben beim Deutschen Städtetag, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Inkrafttretens der neuen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

dafür einzusetzen, mit möglichst vielen Kommunen gemeinsam Möglichkeiten zu prüfen, OpenSource-Software-Lösungen für Kommunen zu entwickeln und günstig bereitzustellen, die unabhängig von großen internationalen Software-Anbietern eingesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein:	keine
Enthaltung:	FDP/MBL

---

zu 10.11 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Erhöhung des Stammkapitals der GeWoBau Marburg
Vorlage: VO/6278/2018

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen und wird zu gegebener Zeit evtl. neu eingebracht.

---

zu 10.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Gedenktafel tödlicher Fahrradunfall Bahnhofstraße
Vorlage: VO/6281/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion zunächst zurückgezogen und wird zu gegebener Zeit ggf. neu eingebracht.

---

zu 11 Kenntnisnahmen

---

zu 11.1 Anwendung des sog. "Schlüssigen Konzept" des Landkreises Marburg-Biedenkopf im Bereich der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/6266/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den folgenden Beschluss, den der Magistrat in seiner Sitzung am 04.06.2018 gefasst hat, zur Kenntnis:

Der Magistrat nimmt das vom Dienstleister *Empirica* für den Landkreis Marburg-Biedenkopf erstellte „Schlüssige Konzept zur Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft im Landkreis Marburg-Biedenkopf“ zur Kenntnis und stimmt der Anwendung der ermittelten Werte zur sozialhilferechtlichen Beurteilung der Angemessenheit von Unterkunftskosten nach § 35 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) im Bereich der Universitätsstadt Marburg ab dem 01.06.2018 zu.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden, wünscht allen eine schöne und erholsame Ferienzeit und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 21.15 Uhr.

Marburg, 25.06.2018

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger
Protokoll

Anlagen:
Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 13 und 18 bis 34

Kleine Anfrage Nr. 13
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Kann der Magistrat veranlassen, dass auf dem Fußweg zwischen Klinikum (Lahnberge) und Spiegelslustturm die Äste, die auf den Fußweg ragen, zurückgeschnitten werden? Zum Teil ist das Holzgitter des Fußweges defekt/morsch. Kann dieses auch zum Schutz der Fußgänger behoben bzw. erneuert werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Fachdienst Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe wird den Weg kontrollieren und einen Auftrag zum Freischneiden des Weges sowie zur Reparatur des Geländers vergeben.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Jonathan Schwarz
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

U.a. in der Friedrich-Naumann-Straße 14-20 standen am 29. Mai aufgrund des Starkregens die Keller unter Wasser, die Feuerwehr musste aushelfen.
Die Abwasserrohre sind nur für mittelschwere Niederschläge ausgelegt, aber nicht für extreme wie an diesem Tag. Gibt es Überlegungen und/oder Pläne, dies zu ändern?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Entwässerungssysteme bebauter Gebiete sind gem. technischem Regelwerk aus wirtschaftlichen Gründen nicht so zu konzipieren und zu bemessen, dass bei Regen ein absoluter Schutz vor Überflutungen und Vernässungen gewährleistet ist. Zielgrößen für einen angemessenen Entwässerungskomfort sind durch europäische Normung mittels Überflutungshäufigkeiten definiert und finden durch die Stadtwerke Marburg Berücksichtigung bei Planung, Bau und Sanierung von Abwasseranlagen.
Es gibt keine Überlegungen und Pläne dies zu ändern.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Es sind im Haushalt 2018 insgesamt 100.000 Euro für die Beseitigung von Graffitis an städtischen und privaten Häuserwänden eingestellt. Gibt es inzwischen für Bürger*innen die Möglichkeit, das Geld abzurufen und wenn ja, nach welchen Kriterien oder nach welchem Verfahren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat die Förderrichtlinie über ein Förderprogramm zur Beseitigung von Graffiti an privaten Gebäuden und Mauern in seiner Sitzung am 18.06.2018 beschlossen.
Bezuschusst werden können demnach Maßnahmen zur Beseitigung von Graffiti an privaten Anlagen wie etwa Wohngebäude, Garagen und Mauern, wenn die Beseitigungsmaßnahmen zur Erhaltung des Stadtbildes beitragen.
Die Beseitigungsmaßnahmen müssen von Fachfirmen auf der Grundlage zugelassener Methoden ausgeführt werden. Eine vorherige Strafanzeige ist erforderlich. Der Antrag auf die Gewährung des Zuschusses ist beim Magistrat unter Beifügung eines Kostenvoranschlages, eines aussagekräftigen Fotos und der Bescheinigung über die Strafanzeige zu stellen.
Mit der Beseitigungsmaßnahme darf erst begonnen werden, wenn über den Antrag beschieden worden ist.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Zucker ist bekanntermaßen ungesund und ein Hauptgrund für Übergewicht bei Kindern und Erwachsenen. Wäre es nicht sinnvoll den Zuckerkonsum in städtischen Einrichtungen nicht nur einzuschränken sondern auch gänzlich zu verbieten, flankiert durch eine kindgerechte Aufklärung?

Stellungnahme/Antwort durch:	7.1 Gesunde Stadt
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aus dem Jahr 2005 gibt es eine Empfehlung der Stadtverordnetenversammlung, dass in den Einrichtungen darauf hingewirkt wird, vorzugsweise Bio- und/oder regionale Produkte und Anbieter bei der Essensversorgung zu bevorzugen, eine Aussage über Zuckerfreiheit wird nicht getroffen.
In den **Kindertageseinrichtungen** der Stadt Marburg hat das Thema Essen und Genuss einen hohen Stellenwert, die Einrichtungen arbeiten im Sinne des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans, der darauf Wert legt, dass Essen als Genuss mit allen Sinnen wahrgenommen, erlebt und gelebt wird.
Bei der Auswahl der Lebensmittel und Getränke wird darauf geachtet, dass diese abwechslungsreich, gesund und ausgewogen sind und die Kinder nach und nach dazu befähigt werden, die Bedeutung gesunder Ernährung für sich selbst zu verstehen und danach zu handeln.
Auf Geschmacksverstärker, Zusatzstoffe und Süßungsmittel (auch Zucker) wird weitgehend verzichtet, an Getränken werden Wasser und ungesüßter Tee empfohlen.
Wenn Kinder von Beginn an lernen, was ihnen gut tut und schmeckt, ist dies die beste Grundlage für ein ungestörtes, lustvolles und gesundes Essverhalten - ohne Probleme mit Übergewicht – für das ganze zukünftige Leben.
Ein generelles Verbot von Zucker trägt nicht dazu bei, die Ziele eines selbstverantwortlichen Umgangs mit Speisen und Getränken auf der Grundlage von Bewusstheit zu erreichen.

Für den **schulischen Bereich** muss unterschieden werden zwischen dem Grundschul- und dem weiterführenden Bereich.
Für den Grundschulbereich gilt ebenso der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan.
Für den weiterführenden Bereich ist es auch wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler mit zunehmenden Alter selbst über ihre Ernährungsgewohnheiten entscheiden und dazu auch die Schulen im Sinne von Ernährungsbildung beitragen.
Für den Betrieb der Cafeterien in den weiterführenden Schulen ist aber auch ausschlaggebend, dass sie auskömmlich arbeiten können, weil der Faktor der Außenkonkurrenz eine große Rolle spielt. Die älteren Schülerinnen und Schüler haben die Gelegenheit, in den Pausen das Schulgelände zu verlassen und somit findet auch eine Abstimmung mit den Füßen statt.
Insgesamt versucht der FD Schule gemeinsam mit den Cafeteriabetreibern und den Schulleitungen das Thema gesunde Ernährung und somit auch Reduzierung von Zucker in den Schulen zu platzieren, die gesellschaftliche Realität macht in dieser Hinsicht allerdings auch nicht vor den Schulen halt. Hinzu kommt, dass das Thema gesunde Ernährung gerade auch bei vielen Eltern nicht die Rolle spielt, die ihr zukommen sollte.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Karin Schaffner
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, in welchen Verkehrsbereichen/Ampelschaltungen die "grüne Welle" für den Autofahrer greift?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Eine klassische Grüne Welle ist in der Marburger Innenstadt auf Grund der sehr begrenzenden Topographie, der z. T. starken Fuß- und Querverkehre, den sehr kleinen Kreuzungsabständen und der ÖPNV-Beschleunigung nicht möglich. In der Marburger Innenstadt gibt es aber mehrere Bereiche, in denen die Lichtsignalanlagen (LSA) miteinander koordiniert sind. Im Wesentlichen handelt es sich um folgende Bereiche:

Nordstadt:
In der Nordstadt sind alle LSA zwischen den Kreuzungen Elisabethstraße/Ketzerbach und Neue Kasseler Straße/Zimmermannstraße miteinander koordiniert.

Stadtmitte:
In der Mitte Marburgs verläuft die Koordinierung von der Kreuzung Universitätsstraße/Gutenbergstraße über den Rudolphsplatz bis zur Kreuzung Biegenstraße/Pilgrimstein und in westlicher Richtung über den gesamten Erlenring bis zur Georg-Voigt-Straße.

Südstadt:
Im Marburger Süden sind alle LSA zwischen dem Wilhelmsplatz und den Kreuzungen Cappeler Straße/Zeppelinstraße und Gisselberger Straße/Schützenpfuhlbrücke miteinander koordiniert.

Die zwischen diesen Gebieten liegenden LSA werden durch eine Anpassung der Versatzzeiten möglichst effektiv in das Koordinierungssystem eingebunden.

Ziel einer jeden LSA-Koordinierung ist es, alle Verkehre auf der Hauptachse nach Möglichkeit flüssig zu halten, um die mit dem Verkehr verbundenen Emissionen nach Möglichkeit zu reduzieren. Je nach Verkehrsmenge und Straßentopographie stößt das System zum Teil an seine Grenzen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Karin Schaffner
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Welche Brücken sind in Marburg für den Radverkehr freigegeben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Folgende Brücken sind für den Radverkehr freigegeben:

Bauwerk	**Straßenzug**
Hirsefeldsteg	Auf d. Weide/Trojedamm
Abendroth-Brücke	Uferstr./Lingelgasse
Ortenbergsteg	Am Ortenbergsteg
Stroinskysteg	Uferstr./Schülerpark
Steg Auf d.Weide	Bückingsdamm
Luisa-Haeuser-Brücke	Lingelgasse/Biegenstr.
Steg Rosenpark	Rosenstr./Afföllerwiesen
Holzsteg, Northamptonpark	Jahnstr.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Mathias Range
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, wie viele Kinder am 30. April 2018 im Kindergarten Bauerbach betreut wurden bzw. aktuell betreut werden und wie viele dieser Kinder ihren Wohnsitz nicht in Bauerbach haben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Am 30.04.2018 wurden in der Kindertagesstätte Bauerbach 39 Kinder betreut, ein weiteres Kind wurde zum 01.05. aufgenommen. Davon haben 2 Kinder ihren Hauptwohnsitz in der Innenstadt und Ginseldorf.

In der Krippe Bauerbach wurden zum 30.04.2018 10 Kinder betreut, davon haben 2 Kinder ihren Hauptwohnsitz in der Innenstadt und Moischt.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 24
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Nachdem die Regierungen den Klimaschutz jahrzehntelang ignorierten und immer noch viel zu wenig Klimaschutzmaßnahmen global und lokal ergriffen werden, zeigen sich nun die dramatischen Folgen des Klimawandels durch Extremwetterlagen. Auch in Marburg gab es in den letzten Wochen Unwetter mit heftigen Gewittern, Hagel und Starkregen, es führte zu Überschwemmungen der Straßen und zu vollgelaufenen Kellern, insbesondere im Südviertel.
Die städtische Kanalisation ist für dieses neue Phänomen der Extremwetterlagen offensichtlich nicht ausgerüstet, deshalb strömt das Wasser aus den Kanaldeckeln sowie aus Abflüssen in den Häusern unter starkem Druck nach oben und führt zu großen Überflutungen.
Welche Maßnahmen gedenkt die Stadt Marburg zu ergreifen, um bei Extremwetterlagen - die in Zukunft wohl noch zunehmen werden - das Schadensrisiko für öffentliches und privates Eigentum möglichst zu minimieren, insbesondere in den Schwemmgebieten der Lahn, wie z.B. Südviertel, Weidenhausen, Wehrda, etc.?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Selbst mit ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen wird der Klimawandel weiter voranschreiten und es müssen Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergriffen werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat darum bereits im Jahr 2015 das Integrierte Klimaschutzkonzept um das Ziel „Anpassung an den Klimawandel“ ergänzt.
In diesem Jahr wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Klimawandel in Marburg: Gefährdungsanalyse und Maßnahmenentwicklung – Hitze, Frischluft, Starkregen“, bestehend aus den Fachdiensten Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe, Tiefbau, Stadtplanung und den Stadtwerken Marburg, eingerichtet, die sich mit dieser Thematik beschäftigt. Zur Anpassung an den Klimawandel sollen zum einen die Hitzebelastung und die Frischluftzufuhr analysiert und Maßnahmenvorschläge entwickelt werden. Zum anderen soll eine Starkregenanalyse (Niederschlags-Abfluss-Simulation) mit Maßnahmenvorschlägen erstellt werden. Da es insbesondere bei der Maßnahmenentwicklung Synergieeffekte gibt (z.B. Dachbegrünung und Entsiegelung), ist es sinnvoll, beide Vorhaben zusammenzufassen.
Zur Finanzierung soll in diesem Jahr ein Förderantrag beim Land Hessen gestellt werden. Im nächsten Jahr sollen die Analysen und Maßnahmenvorschläge erarbeitet werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wieviele Marburger Haushalte konnten jeweils in den Jahren 2008 bis 2017 ihre Wasserrechnungen gar nicht oder nur teilweise bezahlen und wievielen davon wurde das Wasser zeitweise abgestellt?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Zahlungsbereitschaft der Kunden*innen im Versorgungsbereich Wasser ist sehr gut. Im Zeitraum 2008 bis 2017 kam es im Durchschnitt zu drei Abstellungen pro Jahr. Bei rund 14.500 Wasserkunden*innen ist es daher ein zu vernachlässigender Wert.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wieviele öffentliche, öffentlich zugängliche und private Parkplätze gab es in den Jahren 1995, 2000, 2005, 2010, 2015 und 2018 in der Marburger Innenstadt (einschließlich Bahnhof/Afföller, Philfak/UB, Erlenringparkhäuser)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aufgrund der kurzfristigen Fragestellung ist eine sorgfältige Antwort bis zu der Stadtverordnetensitzung am 22.06.2018 nicht möglich.

Die Beantwortung erfolgt demnächst schriftlich.

Dr. Thoma Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 27
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Im Zuge der Sperrung der Weidenhäuser Brücke bietet die Stadt Marburg 24.000 Freifahrten á 30 Min. zur Nutzung des Fahrradleihsystems Nextbike an, um eine alternative Fortbewegungsmöglichkeit gerade auch für Kurzstrecken in der Innenstadt zu haben. Wie wurde das Angebot bisher angenommen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Das Fahrradverleihsystem Nextbike wird in Marburg sehr gut angenommen, wie auch der Verleih bestätigt. Uns wurden die Daten aktuell mitgeteilt:
28.653 Ausleihen in Marburg im Monat Mai.

Von dem Kontingent der Freifahrten wurden bislang seit März 5.762 Fahrten wahrgenommen.

Siehe hierzu auch die Presemitteilung der Stadt Marburg
https://www.marburg.de/portal/meldungen/jedes-fahrrad-wird-114-mal-im-monat-geliehen-900004052-23001.html?rubrik=900000004

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 28
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Bettina Böttcher
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wann können die Mitarbeiter/innen im Cafe des Kaiser-Wilhelm-Turms damit rechnen, dass ihnen ein Sozialraum zur Verfügung steht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Ausführung war für Sommer 2018 vorgesehen. Lediglich zwei Firmen hatten Angebote abgegeben. Diese Angebote lagen weit über dem Budget, so dass die Ausschreibungen aufgehoben wurden. Es ist geplant neu auszuschreiben mit längerer Vorlauf- und Bauzeit.
Bei erfolgreichem Verlauf darf damit gerechnet werden, dass die Fertigstellung bis Mai 2019 erfolgen kann.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 29
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Hat der Magistrat in den letzten 4 Jahren Kredite an kommunale Beteiligungsgesellschaften und/oder Eigenbetriebe weitergegeben (selbst nur kurzfristig)? Falls zutreffend: wann, an wen und welche Beträge?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In den letzten vier Jahren wurden keine Darlehen anderer Kreditgeber an kommunale Beteiligungsgesellschaften und/oder Eigenbetriebe weitergegeben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 30
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wann gedenkt der Magistrat das beschlossene Anti-Graffiti-Programm umzusetzen und betroffenen Hauseigentümern Anträge für Förderungen bzw. Zuschüsse bzgl. der Beseitigungskosten anzubieten? Wie ist der Stand der Gespräche mit der Philipps-Universität zu diesem Thema?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Förderrichtlinie über ein Förderprogramm zur Beseitigung von Graffiti an privaten Gebäuden und Mauern wurde am 18.06.2018 vom Magistrat beschlossen. Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche mit der Philipps-Universität können nun – in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Ressourcen beim DBM und der Bauverwaltung – angegangen werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 31
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Universitätsstadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wie hoch die Ausgaben für den Bürgerworkshop Grüner Wehr waren, dabei bitte extra aufgegliedert nach der Moderation (externe Firma aus Bayern) nach dem Referenten der Gutachtenerstellung KLT Consult (Hannover) sowie sonstige Beauftragungen und Kosten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Workshop zum Grüner Wehr ist bislang nur zum Teil abgerechnet, so dass die Kosten noch nicht abschließend feststehen. Insgesamt werden Ausgaben in der Nähe von 20 T€ erwartet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 32
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Universitätsstadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wie hoch die Ausgaben für die Bürger/Innenbeteiligungsveranstaltung „Wohnen im Marburger Westen“ waren, auch hier aufgeschlüsselt nach externem Veranstalter (Darmstadt) und den anderen entstanden Kosten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Veranstalter der Auftaktveranstaltung war die Universitätsstadt Marburg und nicht ein externer Veranstalter.
Derzeit können die Kosten für die Auftaktveranstaltung nicht genau ermittelt werden, da noch nicht alle Rechnungen vorliegen. Die externe Moderation begleitet den gesamten Beteiligungsprozess und wird daher eine Rechnung erst nach Abschluss vorlegen. Ebenso haben noch nicht alle unterstützenden studentischen Hilfskräfte ihre Rechnungen eingereicht. Die Kosten für Räumlichkeiten, Aufbau und Technik im Erwin-Piscator-Haus werden verwaltungsintern verrechnet. Auch dazu liegt noch keine Rechnung vor. Für die Verpflegung der Teilnehmenden fielen Kosten in Höhe von 278,60 Euro an. Für die Öffentlichkeitsarbeit entstanden externe Kosten in Höhe von 69,02 Euro.
Die externe Moderation der Veranstaltung wurde durch das Team Ewen aus Darmstadt übernommen, die eine anerkannte Beratungsfirma im Bereich des Konflikt-, Planungs- und Prozessmanagements ist. Team Ewen wird den gesamten Beteiligungsprozess zum Wohnungsneubau im Marburger Westen begleiten. Zu den Aufgaben zählen u.a. die Beratung zu und Umsetzung von einzelnen Prozessschritten und Methoden, die Moderation der Veranstaltungen und die Dokumentation der Ergebnisse. Team Ewen arbeitet dabei eng zusammen mit dem Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz, der Koordinierungsstelle Bürger/innenbeteiligung und der prozessbegleitenden Arbeitsgruppe, in der die Ortsbeiräte Marbach und Ockershausen vertreten sind.
Eine wesentliche Funktion von Team Ewen in dem Beteiligungsprozess ist es, als externe und neutrale Moderation in dem Prozess zu wirken. Der Einsatz einer externen Moderation zur Konfliktklärung im öffentlichen Raum ist anerkannte Praxis einer guten Bürger/innenbeteiligung bei Planungsprozessen und wird daher auch von allen einschlägigen Fachgremien empfohlen. Im Vergleich zu den gesamten Planungskosten machen die Kosten für diese Form der Prozessbegleitung nur einen sehr kleinen Teil aus. Sie müssen zudem mit den Folgekosten nicht geklärter Konflikte im öffentlichen Raum in Beziehung gesetzt werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 33
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Sind alle Schulen mit dem im „IT-Plan für die Marburger Schulen“, bzw „schule@zukunft“ festgesetzen Standard ausgestattet? Wenn nein, welche Schulen erfüllen die Grundausstattung nicht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die IT-Ausstattung an allen Schulen entspricht den mit dem „IT-Plan für die Marburger Schulen“ definierten Standards.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 34
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2018

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wieviele Anfragen zur Aktion "3000 Schritte mit dem Oberbürgermeister“ sind bereits eingegangen und wieviele durchgeführt worden? Haben alle Bürger, Verbände und Vereine eine Antwort erhalten?

Stellungnahme/Antwort durch:	7.1 Gesunde Stadt
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Aktion „3000 Schritte mit dem Oberbürgermeister“ wird von Ortsgruppen, Vereinen und Gruppen gut angenommen und nachgefragt. Die Möglichkeit hier gemeinsame Bewegung mit Gesprächen zu verknüpfen, bietet den Bürgerinnen und Bürgern von Marburg in lockerer Atmosphäre eine gute Kontaktmöglichkeit für beide Seiten.Der Beginn dieser Aktion war im Dezember 2016 und bis Anfang August 2018 haben 23 Aktionen stattgefunden bzw. sind in Planung. Eine Terminabsprache für „3000 Schritte mit dem Oberbürgermeister“ ist jederzeit möglich, die Koordination läuft über „Gesunde Stadt Marburg“ Email: gesund@marburg-stadt.de oder Telefon 06421 201 1945.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister